

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XVII
Prolegomena.....	1
A. Die Zensur von Schülerzeitungen – Annäherung an die Thematik.....	1
B. Die Schaffung von Rechtsklarheit als Zielsetzung der Arbeit.....	3
C. Grundlegende Hypothese – Gang der Untersuchung	4
Erstes Kapitel: Rechtliche Grundlagen und Typisierung.....	7
A. Die Schülerpresse und ihre rechtlichen Grundlagen.....	7
I. Die Schülerpresse als Teil des Schulrechts	7
II. Die Regelungskompetenzen im Bereich des Schulwesens	9
III. Zum Begriff der „Schülerzeitung“	11
B. Rechte und Pflichten der Schülerzeitungsredakteure	13
I. Das Schulverhältnis als Eingliederungsverhältnis.....	13
1. Zum Begriff des „Eingliederungsverhältnisses“	13
2. Dogmengeschichtliche Herkunft des Eingliederungsverhältnisses	14
a) Die Rechtsfigur des „besonderen Gewaltverhältnisses“	14
b) Vom „besonderen Gewaltverhältnis“ zum „Sonderstatusverhältnis“	17
c) Das Etikett des „Eingliederungsverhältnisses“	19
3. Das Eingliederungsverhältnis in der Grundrechtsdogmatik	20
II. Die Grundrechte der Schülerzeitungsredakteure.....	20
III. Denkbare Eingriffsmaßnahmen von Seiten der Schulen.....	22
1. Vorlage-, Erlaubnis- und Genehmigungspflicht.....	23
2. Verbot der Verteilung auf dem Schulgelände	24
3. Erteilung von Auflagen durch die Schule.....	24
C. Typisierung verschiedener Schülerzeitungsmodelle	25
I. Abgrenzungskriterien der Schülerzeitungsmodelle.....	26
1. Haftungskomponente (Kriterium 1)	26
2. Räumliche Komponente (Kriterium 2).....	29

3. Sachliche Komponente (Kriterium 3).....	30
4. Unterstützungskomponente (Kriterium 4).....	32
II. Gewichtung der einzelnen Abgrenzungskriterien	33
III. Die Schülerzeitungsmodelle der Untersuchung	35
1. Die Schülerzeitung im Sinne des Presserechts (Modell 1).....	36
2. Die Schülerzeitung als schulische Veranstaltung (Modell 2).....	36
3. Die unabhängige Schülerzeitung (Modell 3).....	37
4. Die Schülerzeitung als Produkt eines Dritten (Modell 4).....	38
D. Zusammenfassung des ersten Kapitels	38
Zweites Kapitel: Die Schülerzeitung im Sinne des Presserechts (Modell 1).....	41
A. Betrachtung des Modells 1 unter Berücksichtigung der derzeitigen Regelungen	41
B. Grundrechtsdogmatische Untersuchung des Modells 1.....	44
I. Weichenstellungen in der Grundrechtsprüfung.....	45
1. Klärung der betroffenen Grundrechtsfunktion im Modell 1.....	45
a) Die Grundrechte als Eingriffsabwehrrechte.....	46
b) Die Grundrechte als Leistungsrechte	48
c) Die Grundrechte als Schutzpflichten.....	50
2. Klärung der betroffenen Grundrechte im Modell 1	51
3. Zwischenergebnis	52
II. Eröffnung des Schutzbereichs	52
1. Schutzbereich der Meinungsfreiheit	53
a) Sachlicher Schutzbereich der Meinungsfreiheit.....	53
b) Personeller Schutzbereich der Meinungsfreiheit.....	56
2. Schutzbereich der Pressefreiheit.....	57
a) Sachlicher Schutzbereich der Pressefreiheit	58
b) Personeller Schutzbereich der Pressefreiheit	59
3. Zwischenergebnis	61
III. Beeinträchtigung des grundrechtlich geschützten Interesses	61
1. Klassischer, mittelbarer oder faktischer Grundrechtseingriff.....	61

2. Beeinträchtigungen der Meinungs- und Pressefreiheit des Art. 5 I GG	63
3. Die schulseitigen Maßnahmen als Grundrechtseingriffe im Modell 1	65
a) Vorlage-, Erlaubnis- und Genehmigungspflicht	65
b) Verbot der Verteilung auf dem Schulgelände	66
c) Erteilung von Auflagen durch die Schule	66
4. Zwischenergebnis	66
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs	66
1. Prüfung des Grundrechtsvorbehalts – Die Schranken des Art. 5 II GG	67
a) Die Vorschriften der allgemeinen Gesetze	67
aa) Anforderungen an ein „allgemeines Gesetz“	67
bb) Die Wechselwirkungslehre des BVerfG	70
b) Die Bestimmungen des Jugendschutzes	71
c) Das Recht der persönlichen Ehre	72
d) Untersuchung der verschiedenen landesrechtlichen Schulgesetze und -ordnungen in Bezug auf die Erfüllung der Voraussetzungen des Art. 5 Abs. 2 GG	73
aa) Kommunikationsbezug der schulischen Normen	74
bb) Schutzgut der Schulgesetze bzw. -ordnungen	75
(1) Normierte Voraussetzungen für die Grundrechtseinschränkung	75
(2) Notwendigkeit der Abwägung der kollidierenden Schutzrechte	78
cc) Als allgemeine Gesetze zu qualifizierende Normen	79
dd) Ergebnis der Normqualifizierung	80
ee) Musterklausel (Version 1.0) – Eigenschaft eines „allgemeinen Gesetzes“	81
e) Zwischenergebnis	82
2. Prüfung der Schranken-Schranken	83
a) Das Zensurverbot als geschriebene materielle Schranken-Schranke	83
aa) Hintergründe des Zensurverbots	84
bb) Unterschiedliche Zensurbegriffe	84
(1) Formelle und materielle Zensur	85
(2) Vor- und Nachzensur bzw. Präventivzensur und Repression	86

cc) Konturen des Zensurverbots.....	86
dd) Untersuchung der Eingriffsmaßnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Zensurverbot.....	87
(1) Betrachtung der in den schulischen Regelwerken normierten „Vorlageklauseln“	88
(a) Auslegung der „Vorlageklauseln“	88
(aa) Grammatikalische Auslegung.....	89
(bb) Systematische Auslegung	92
(cc) Teleologische Auslegung.....	94
(dd) Ergebnis der Auslegung.....	96
(b) Bewertung des Auslegungsergebnisses	96
(c) Musterklausel (Version 2.0) – Ergänzung um eine „Vorlageklausel“	98
(2) Betrachtung der weiteren Eingriffsmaßnahmen.....	99
ee) Zwischenergebnis	100
b) Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als ungeschriebene Schranken-Schranke....	100
aa) Verfolgen eines legitimen Zwecks	101
(1) Anforderungen an ein legitimes Ziel.....	101
(2) Die Grundrechtsfunktionen auf Seiten der passiv Betroffenen.....	103
(3) Die zu schützenden Grundrechte auf Seiten der passiv Betroffenen	103
(a) Die Verfassungsnorm des Art. 7 GG.....	104
(b) Das Allgemeine Persönlichkeitsrecht.....	106
(aa) Fallgruppen des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts.....	107
(bb) Die Sphärentheorie des Bundesverfassungsgerichts.....	110
(c) Das Unternehmenspersönlichkeitsrecht	111
(d) Unbeachtlichkeit weiterer Grundrechte.....	112
(4) Schutzgüter der Schulgesetze und -ordnungen	113
(5) Zwischenergebnis.....	115
bb) Bestehen eines tatsächlichen Zweckverwirklichungsbedürfnisses.....	115
cc) Geeignetheit einer Maßnahme.....	115
dd) Erforderlichkeit einer Maßnahme.....	117

(1) Betrachtung der schulseitigen Maßnahmen im gegenseitigen Verhältnis ...	118
(a) Vorlage-, Erlaubnis- und Genehmigungspflicht.....	119
(b) Verbot der Verteilung auf dem Schulgelände	120
(c) Erteilung von Auflagen durch die Schule.....	122
(d) Zwischenergebnis	122
(2) Sonstige potentiell mildere Mittel als die schulseitigen Maßnahmen	123
(a) Obligatorische aktive Mitwirkung der Schule.....	123
(b) Maßnahmenkatalog für Fälle etwaiger Rechtsverstöße.....	124
(c) Zwischenergebnis	125
(3) Ergebnis der Erforderlichkeitsprüfung.....	125
ee) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne.....	126
(1) Gewichtung des beeinträchtigten Interesses	127
(a) Abstrakte Bewertung des beeinträchtigten Interesses	127
(b) Konkrete Bewertung des beeinträchtigten Interesses	128
(c) Zwischenergebnis	130
(2) Gewichtung des mit dem Eingriff verfolgten Zwecks	131
(a) Abstrakte Bewertung des verfolgten Zwecks.....	131
(b) Konkrete Bewertung des verfolgten Zwecks.....	132
(c) Zwischenergebnis	134
(3) Gegenüberstellung der Interessen	134
(a) Verhältnis der betroffenen Grundrechte zueinander	135
(b) Berücksichtigung der modellspezifischen Merkmale.....	137
(c) Abwägung der summierten Punktwerte im Modell 1.....	138
(d) Interpretation des Abwägungsergebnisses im Modell 1.....	139
(4) Ergebnis für das Schülerzeitungsmodell 1	141
C. Zusammenfassung des zweiten Kapitels	142
Drittes Kapitel: Die Schülerzeitung als schulische Veranstaltung (Modell 2).....	145
A. Betrachtung des Modells 2 unter Berücksichtigung der derzeitigen Regelungen	145
I. Auslegung der landesrechtlichen Regelungen.....	146

1. Grammatikalische Auslegung.....	146
2. Systematische Auslegung.....	147
3. Teleologische Auslegung und Entstehungsgeschichte.....	148
a) Der Telos des bayerischen Art. 63 BayEUG.....	148
b) Der Telos des rheinland-pfälzischen § 36 SchulG.....	149
c) Similarität der landesrechtlichen Regelungen.....	151
4. Ergebnis der Auslegung.....	152
II. Musterklausel (Version 3.0) – Ergänzung um das Modell 2.....	152
B. Grundrechtsdogmatische Untersuchung des Modells 2.....	153
I. Weichenstellungen in der Grundrechtsprüfung.....	153
II. Eröffnung des Schutzbereichs.....	155
1. Schutzbereich der Meinungsfreiheit.....	155
2. Schutzbereich der Pressefreiheit.....	155
3. Zwischenergebnis.....	156
III. Beeinträchtigung des grundrechtlich geschützten Interesses.....	156
1. Vorlage-, Erlaubnis- und Genehmigungspflicht.....	157
2. Verbot der Verteilung auf dem Schulgelände.....	157
3. Erteilung von Auflagen durch die Schule.....	158
4. Zwischenergebnis.....	158
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs.....	158
1. Prüfung des Grundrechtsvorbehalts – Die Schranken des Art. 5 II GG.....	159
2. Prüfung der Schranken-Schranken.....	159
a) Das Zensurverbot als geschriebene materielle Schranken-Schranke.....	159
b) Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als ungeschriebene Schranken-Schranke....	160
aa) Verfolgen eines legitimen Zwecks.....	161
bb) Bestehen eines tatsächlichen Zweckverwirklichungsbedürfnisses.....	161
cc) Geeignetheit einer Maßnahme.....	162
dd) Erforderlichkeit einer Maßnahme.....	163
ee) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne.....	165

(1) Gewichtung des beeinträchtigten Interesses	165
(2) Gewichtung des mit dem Eingriff verfolgten Zwecks	166
(3) Gegenüberstellung der Interessen	167
(a) Berücksichtigung der modellspezifischen Merkmale.....	167
(b) Abwägung der summierten Punktwerte im Modell 2.....	168
(c) Interpretation des Abwägungsergebnisses im Modell 2.....	168
(4) Ergebnis für das Schülerzeitungsmodell 2	170
C. Zusammenfassung des dritten Kapitels	170
Viertes Kapitel: Die unabhängige Schülerzeitung (Modell 3)	173
A. Betrachtung des Modells 3 unter Berücksichtigung der derzeitigen Regelungen	173
B. Grundrechtsdogmatische Untersuchung des Modells 3.....	176
I. Weichenstellungen in der Grundrechtsprüfung.....	176
II. Eröffnung des Schutzbereichs	177
1. Schutzbereich der Meinungsfreiheit	177
2. Schutzbereich der Pressefreiheit.....	178
3. Schutzbereich der Versammlungsfreiheit.....	178
a) Sachlicher Schutzbereich der Versammlungsfreiheit	179
b) Personeller Schutzbereich der Versammlungsfreiheit	180
4. Zwischenergebnis	181
III. Beeinträchtigung der grundrechtlich geschützten Interessen	181
1. Vorlage-, Erlaubnis- und Genehmigungspflicht.....	181
2. Verbot der Verteilung auf dem Schulgelände	182
3. Erteilung von Auflagen durch die Schule.....	182
4. Denkbare Eingriffsmaßnahmen betreffend die Versammlungsfreiheit	183
5. Zwischenergebnis	183
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs.....	184
1. Prüfung des Grundrechtsvorbehalts – Die Schranken der Artt. 5 II und 8 II GG .	184
a) Die Schranken des Art. 5 II GG	184
b) Die Schranken des Art. 8 II GG	184

2. Prüfung der Schranken-Schranken	186
a) Das Zensurverbot als geschriebene materielle Schranken-Schranke	186
b) Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als ungeschriebene Schranken-Schranke....	187
aa) Verfolgen eines legitimen Zwecks	187
bb) Bestehen eines tatsächlichen Zweckverwirklichungsbedürfnisses.....	187
cc) Geeignetheit einer Maßnahme	188
dd) Erforderlichkeit einer Maßnahme.....	189
ee) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne.....	190
(1) Gewichtung des beeinträchtigten Interesses	190
(2) Gewichtung des mit dem Eingriff verfolgten Zwecks	191
(3) Gegenüberstellung der Interessen	192
(a) Berücksichtigung der modellspezifischen Merkmale.....	192
(b) Abwägung der summierten Punktwerte im Modell 3.....	193
(c) Interpretation des Abwägungsergebnisses im Modell 3.....	193
(4) Ergebnis für das Schülerzeitungsmodell 3	196
C. Zusammenfassung des vierten Kapitels.....	196
Fünftes Kapitel: Die Schülerzeitung als Produkt eines Dritten (Modell 4)	199
A. Betrachtung des Modells 4 unter Berücksichtigung der derzeitigen Regelungen	199
B. Grundrechtsdogmatische Untersuchung des Modells 4.....	201
I. Weichenstellungen in der Grundrechtsprüfung.....	201
II. Eröffnung des Schutzbereichs	202
1. Schutzbereich der Meinungsfreiheit	202
2. Schutzbereich der Pressefreiheit.....	203
3. Schutzbereich der Versammlungsfreiheit.....	203
4. Zwischenergebnis	204
III. Beeinträchtigung des grundrechtlich geschützten Interesses	204
1. Vorlage-, Erlaubnis- und Genehmigungspflicht.....	204
2. Verbot der Verteilung auf dem Schulgelände	205
3. Erteilung von Auflagen durch die Schule.....	205

4. Denkbare Eingriffsmaßnahmen betreffend die Versammlungsfreiheit	205
5. Zwischenergebnis	206
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs.....	206
1. Prüfung des Grundrechtsvorbehalts – Die Schranken der Artt. 5 II und 8 II GG .	206
a) Die Schranken des Art. 5 II GG	207
b) Die Schranken des Art. 8 II GG	207
2. Prüfung der Schranken-Schranken	207
a) Das Zensurverbot als geschriebene materielle Schranken-Schranke.....	208
b) Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als ungeschriebene Schranken-Schranke....	208
aa) Verfolgen eines legitimen Zwecks	209
bb) Bestehen eines tatsächlichen Zweckverwirklichungsbedürfnisses.....	209
cc) Geeignetheit einer Maßnahme.....	210
dd) Erforderlichkeit einer Maßnahme.....	211
e) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne.....	212
(1) Gewichtung des beeinträchtigten Interesses	212
(2) Gewichtung des mit dem Eingriff verfolgten Zwecks	213
(3) Gegenüberstellung der Interessen	214
(a) Berücksichtigung der modellspezifischen Merkmale.....	214
(b) Abwägung der summierten Punktwerte im Modell 4.....	215
(c) Interpretation des Gewichtungsergebnisses im Modell 4.....	216
(4) Ergebnis für das Schülerzeitungsmodell 4	217
C. Zusammenfassung des fünften Kapitels	218
Musterklausel (Version 4.0) – Ergänzung um Eingriffsmittel.....	221
Zusammenfassende Thesen.....	223
Literaturverzeichnis.....	227
Anhang	237